

14/06

Berlin, 22. Mai 2006

Sieben Ressortforschungseinrichtungen begutachtet

Die vom Wissenschaftsrat in Nürnberg-Erlangen verabschiedeten Einzelstellungennahmen zu Einrichtungen der Ressortforschung des Bundes dokumentieren ein differenziertes Leistungsbild. Während einige Einrichtungen eigene Forschung und Dienstleistungen auf hohem wissenschaftlichen Niveau erbringen (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin; Bundesamt für Materialforschung und –prüfung (BAM), Berlin), wurde für andere Einrichtungen (Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Salzgitter; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn) eine grundsätzliche Steigerung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit angemahnt, damit Informations- und Beratungsdienstleistungen adäquat erfüllt werden können.

Die jetzt vorgelegten Einzelstellungennahmen zur Ressortforschung des Bundes gehen auf Bitten von Bundestag und Bundesregierung an den Wissenschaftsrat zurück, zu Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und künftiger Entwicklung der Bundesressortforschung grundsätzlich Stellung zu nehmen und in diesem Zusammenhang einzelne Einrichtungen exemplarisch zu evaluieren. Der Wissenschaftsrat wird spätestens im Januar 2007 weitere Einzelstellungennahmen und seine übergreifenden Empfehlungen zur Ressortforschung des Bundes vorlegen.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung (BAM), Berlin

Aufgrund ihrer sehr guten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten hat der Wissenschaftsrat die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) in Berlin positiv bewertet. Mit ihren anspruchsvollen Forschungen und Prüfverfahren beispielsweise bei Ingenieurbauten oder bei der Sprengstoffzulassung gewährleistet die BAM die öffentliche Sicherheit in Deutschland. Dank des erfolgreich bearbeiteten und vielfältigen Themenportfolios und der klaren Ausrichtung auf materialwissenschaftliche Sicherheitsforschung ist die dem Bundeswirtschaftsministerium zugeordnete Einrichtung auch in der Lage, komplexe Prüf- und Analyseverfahren durchzuführen. Mit ihren Prüf- und Beratungsleistungen unterstützt die

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus.

Ansprechpartnerin: Dr. Christiane Kling-Mathey
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/3776 - 243, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: kling-mathey@wissenschaftsrat.de

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wissenschaftsrat.de>

BAM deutsche Wirtschaftsunternehmen und die Bundesregierung. Lediglich in Teilbereichen stellt der Wissenschaftsrat noch Verbesserungsbedarf fest. So hält er es für erforderlich, dass die BAM ein gesondertes Forschungsprogramm mit einer mittel- bis langfristigen Perspektive entwickelt und zudem künftig ihre Investitions- und Personalplanung besser mit der Forschungsplanung abstimmt. Auch die Beratung der Einrichtung durch das Kuratorium befand der Wissenschaftsrat als zu wenig strategisch.

Hinweis: Die „Stellungnahme zur Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung (BAM)“ (Drs. 7256-06) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

Der Wissenschaftliche Bereich des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung hat die Aufgabe, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) bei Aufgaben der Raumordnung, des Städtebaus, des Wohnungs- und des Bauwesens einschließlich der internationalen Zusammenarbeit fachlich zu unterstützen. Aufgrund eines wachsenden Anteils der Dienstleistungen im Tätigkeitsspektrum des BBR sind vor allem die Forschungsaufgaben zu stark in den Hintergrund gedrängt worden. Das hat sich negativ auf die Qualität der Forschungsleistungen ausgewirkt. Die Verbindung seiner multidisziplinären Forschungsarbeiten mit Dienstleistungen für Politik und Öffentlichkeit ist dem BBR daher in der Vergangenheit nicht immer zufrieden stellend gelungen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem zuständigen Bundesverkehrsministerium deshalb, die Spielräume des BBR für eigene Forschungen zu erweitern, und dem BBR selbst, ein mittelfristiges Forschungsprogramm mit wissenschaftlich relevanten Problemstellungen zu entwickeln. Um seine Sichtbarkeit in der Wissenschaft zu verbessern, muss sich das BBR intensiver als bisher um wettbewerblich vergebene Drittmittel bemühen und durch eine entsprechende Publikationspraxis nachweisen, dass seine Forschungsleistungen wissenschaftliche Qualitätsstandards erfüllen.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)“ (Drs. 7257-06) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Berlin

Die Bewertung gesundheitlicher Risiken in Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs (z.B. Kosmetika, Spielzeug) ist eine wichtige Aufgabe des Verbraucherschutzes, die das in Berlin angesiedelte Bundesamt für Risikobewertung (BfR) wissenschaftlich unabhängig und in hoher Qualität wahrnimmt. Grundlage der hochwertigen Risikobewertungen ist die breit angelegte, überwiegend gute bis sehr gute Forschung des BfR, die allerdings den internationalen Fachgemeinschaften besser zugänglich gemacht

werden sollte. Neben der Risikobewertung ist die Risikokommunikation eine zentrale Aufgabe des erst im Jahr 2002 gegründeten und zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gehörenden BfR. Unter Risikokommunikation ist die Forschung zur gesellschaftlichen Wahrnehmung von Risiken, den daraus erwachsenden Folgen sowie den Voraussetzungen für einen rationalen Umgang mit Risiken zu verstehen. Dieses Forschungsfeld sollte aus Sicht des Wissenschaftsrates am BfR gestärkt werden.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)“ (Drs. 7258-06) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Salzgitter

Deutliche Kritik hat der Wissenschaftsrat an der wissenschaftlichen Basis des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) geübt. Das in Salzgitter angesiedelte Amt und seine acht Standorte in Deutschland nehmen im Auftrag des Bundesumweltministeriums administrative sowie wissenschaftlich-technische Aufgaben auf den Gebieten Strahlenschutz, kerntechnische Sicherheit und Entsorgung radioaktiver Stoffe wahr. Entgegen seinen ursprünglichen gesetzlich festgelegten Bestimmungen übt das BfS derzeit aber vorwiegend Verwaltungstätigkeiten ohne engeren wissenschaftlichen Bezug aus. „Das BfS hat zuwenig Freiraum, sich neben seinen hoheitlichen Aufgaben wissenschaftlichen Fragen zu widmen“, so der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Peter Strohschneider. Besonders die Arbeiten in den Fachbereichen „Sicherheit in der Kerntechnik“ und „Sicherheit nuklearer Entsorgung“ entsprächen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik. Daher wird dem BfS eine grundlegende Neuausrichtung empfohlen, die eine Neugewichtung des Tätigkeitsspektrums einschließlich größerer Freiheit für wissenschaftliches Arbeiten zum Ziel haben sollte. Neben der Berufung eines Forschungsbeauftragten und der Einrichtung wissenschaftlicher Beiräte zur Unterstützung des Präsidiums sollte das BfS eine engere Kooperation mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen anstreben.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)“ (Drs. 7259-06) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Deutscher Wetterdienst (DWD), Offenbach a.M.

Mit seinen guten bis sehr guten, in Teilen exzellenten Forschungsarbeiten leistet der Deutsche Wetterdienst (DWD) in Offenbach, mit rund 2.500 Mitarbeitern die größte Ressortforschungseinrichtung des Bundes, einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettervorhersagen. Dennoch besteht auch in diesem Bereich nach wie vor erheblicher Forschungsbedarf. Im internationalen Wettbewerb der Wetterdienste fällt der DWD hinter die Konkur-

renz aus Frankreich, Großbritannien und den USA zurück. Hauptverantwortlich dafür ist aus Sicht des Wissenschaftsrates eine institutionelle Schwerfälligkeit des DWD, der durch personal- und haushaltsrechtliche Flexibilisierungen entgegengewirkt werden sollte. Darüber hinaus empfiehlt der Wissenschaftsrat dem zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, das Amt des DWD-Präsidenten in Zukunft öffentlich auszusprechen.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Deutschen Wetterdienst (DWD)“ (Drs. 7260-06) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Potsdam

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) in Potsdam leistet einen wichtigen Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung der Bundeswehr mit ihrer (Vor-) Geschichte. Der Wissenschaftsrat bescheinigt den Potsdamer Historikern gute bis sehr gute wissenschaftliche Leistungen. Weniger positiv fällt das Urteil über die vom MGFA erstellten Lehrmaterialien für die historische Bildung der Soldaten aus. Aktuelle geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse werden in den Unterrichtsmedien nicht ausreichend berücksichtigt. Kritisch sieht der Wissenschaftsrat auch die Fachaufsicht des MGFA über die militärhistorischen Museen in Berlin-Gatow und Dresden. Diese Aufgabe überfordere das Amt fachlich wie personell. Erheblichen Reformbedarf stellt der Wissenschaftsrat schließlich auf institutioneller Ebene fest: „Die rechtliche Struktur einer militärischen Dienststelle ist insgesamt für diese Forschungseinrichtung nicht geeignet“, heißt es in der Stellungnahme.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA)“ (Drs. 7261-06) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Das Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ist der „Think Tank“ von Bundesregierung und Bundestag für alle wichtige Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Forschung und Dienstleistungen der SWP wurden vom Wissenschaftsrat als sehr gut bewertet. Das dem Bundeskanzleramt zugeordnete Institut betreibe unabhängige Forschung, die regelmäßig an die Interessen der Nutzer aus Politik, Wirtschaft und Medien rückgekoppelt werde, so die Experten. Damit sei sichergestellt, dass Regierung, Parlament und Diplomatie regelmäßig mit aktuellen und wissenschaftlich fundierten Analysen zur internationalen Lage unterstützt werden. Für die zukünftige Entwicklung empfiehlt der Wissenschaftsrat eine thematische Neuausrichtung der SWP-Forschungsgruppen „Russland/GUS“ und „Asien“ sowie eine mittel- bis langfris-

tige Perspektive für das Forschungsprogramm. Zudem soll die Stelle eines Forschungsleiters neu eingerichtet werden, um die Forschungsarbeit noch besser zu koordinieren.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)“ (Drs. 7262-06) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.